

Einladung

Mitglieder des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung

Minister für Infrastruktur und Landesplanung

Ministerin für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (zu TOP 2)

nachrichtlich: Geschäftsstellen der Fraktionen
Ministerin und Chefin der Staatskanzlei
Präsident des Landesrechnungshofes
Landesbeauftragte für den Datenschutz und
für das Recht auf Akteneinsicht
Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung
der Folgen der kommunistischen Diktatur
Beauftragte für Polizeiangelegenheiten des Landes Brandenburg
Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im Land Brandenburg
Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden
Kabinetttrefferate aller Ministerien

**3. (öffentliche) Sitzung
des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung
Donnerstag, den 20. März 2025
13.00 Uhr
Raum 1.050 (Livestream/Aufzeichnung)**

Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tagesordnung (Entwurf):

1. Entwicklung des Streckenangebotes und der Auslastung am BER (Beschlussfassung in der 2. Sitzung)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung

Dazu eingeladen: FBB GmbH

2. Mehr Rechtssicherheit für höhere Akzeptanz beim Ausbau der Windenergie (auf Antrag der CDU-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung sowie des Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

3. Virtuelles Bauamt Brandenburg (Verständigung in der 2. Sitzung)

Beschlussfassung über die Durchführung eines Fachgesprächs

4. 400 Millionen Euro für den geförderten Wohnungsbau? – Antworten der Landesregierung zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (auf Antrag der CDU-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung

5. Brandenburgs Brücken zukunftsfest machen (auf Antrag der AfD-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung sowie Beschlussfassung über die Durchführung eines Fachgesprächs

6. Straßenverbindung zwischen Welzow und Spremberg (auf Antrag der CDU-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung

7. Sachstand und Ausblick zum Projekt Ortsumfahrung Ahrensfelde (auf Antrag der AfD-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung

8. Sondersitzung der Verkehrsministerkonferenz vom 10.02.2025 – Beschlussfassungen zum 49,- bzw. 58,- Euro Ticket und Auswirkungen auf Brandenburg (auf Antrag der AfD-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung

9. Schienenersatzverkehr auf der Strecke Berlin-Hamburg (auf Antrag der CDU-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung

10. Sachstand zum Auftrag neuer S-Bahn-Beschaffung für Brandenburg und Berlin (auf Antrag der CDU-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung

11. Sachstand der Tarifanerkennung im Fernverkehr (auf Antrag der CDU-Fraktion)

Bericht des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung

12. Verschiedenes

12.1 Verfahrensfragen

gez. Rescher
Vorsitzender

Anlage/n:

Zu TOP 3:

- 3.1 Antrag der AfD-Fraktion auf Durchführung eines Fachgesprächs
- 3.2 Antrag der SPD-Fraktion sowie der BSW-Fraktion auf Durchführung eines Fachgesprächs

Zu TOP 5:

- 5.1 Antrag der AfD-Fraktion auf Durchführung eines Fachgesprächs

Die interessierte Öffentlichkeit, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien werden gebeten, sich möglichst bis zum Vortag beim Sekretariat unter der E-Mail ausschussail@landtag.brandenburg.de oder der Telefon-Nr. 0331 966-1127 anzumelden.

Besucherinnen und Besucher, für deren Teilnahme an der Sitzung Maßnahmen für den barrierefreien Zugang erforderlich sind, werden um einen entsprechenden Hinweis bei der Anmeldung gebeten. Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesen Fällen ein gewisser zeitlicher Vorlauf für die Planung entsprechender Maßnahmen erforderlich ist. Eine Platzreservierung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten in der Reihenfolge der Anmeldungen. Bitte beachten Sie, dass im und am Landtagsgebäude keine Parkplätze zur Verfügung stehen.

Die Sitzung des Ausschusses wird live im Internet übertragen und aufgezeichnet. Die Sitzung kann per Livestream über die Website des Landtages <http://www.landtag.brandenburg.de> mitverfolgt werden. Eine Aufzeichnung der Sitzung ist in der Regel am Folgetag auch in der Mediathek für einen Zeitraum von sechs Monaten über die Website des Landtages abrufbar.

Ausschuss für
Infrastruktur und Landesplanung (AIL)
Herrn Vorsitzenden Rescher

EINGANG - AIL

Nr.: 014
am: 27.02.2025
Erl.: Kl. Verteiler, MIL
Anm.:

Im Haus

27. Februar 2025

Antrag auf Durchführung eines Fachgesprächs

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
die Ausschussmitglieder der AfD-Fraktion im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung beantragen hiermit ein Fachgespräch zum Thema „Virtuelles Bauamt Brandenburg“ durchzuführen.

Begründung:

In der 2. Sitzung des AIL am 20.02.2025 kam im Zuge der Berichterstattung zum aktuellen Baugeschehen in Brandenburg u.a. zur Sprache, dass die Landesregierung in Bezug auf die beschleunigte Bauantragsbearbeitung und das zukünftige Baugenehmigungsgeschehen in den unteren Bauaufsichtsbehörden der Landkreise große Erwartungen in die flächendeckende Einführung des sog. Virtuellen Bauamtes setzt. Dazu erhofft sich die AfD-Fraktion durch das durchzuführende Fachgespräch neue interessante Informationen.

Mit freundlichen Grüßen,

Peter Drenske

Daniel Freiherr von Lützwow

Daniel Münschke

Norbert Rescher

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung

An den Vorsitzenden
Herrn Norbert Rescher, MdL
im Hause

EINGANG - AIL

Nr.: 016
am: 05.03.2025
Erl.: Kl. Verteiler, MIL
Anm.:

Potsdam, den 03.03.2025

Antrag auf Durchführung eines Fachgesprächs zur Umsetzung der digitalen Baugenehmigung im Land Brandenburg

Sehr geehrter Herr Rescher,

seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion des BSW beantragen wir unter Bezugnahme auf die Verständigung in der vergangenen Ausschusssitzung gem. § 81 Absatz 7 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages in der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung am 15.05.2025, ein Fachgespräch zu folgendem Thema durchzuführen:

„Umsetzung der digitalen Baugenehmigung im Land Brandenburg“.

Wir bitten in der nächsten Ausschusssitzung das weitere Verfahren zu klären und regen an, dass für jede Fraktion ein Gesprächspartner eingeladen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Martina Maxi Schmidt
SPD-Fraktion

gez. Oliver Skopec
BSW-Fraktion

Ausschuss für
Infrastruktur und Landesplanung (AIL)
Herrn Vorsitzenden Rescher

EINGANG - AIL

Nr.: 013
am: 27.02.2025
Erl.: Kl. Verteiler, MIL
Anm.:

Im Haus

27. Februar 2025

Antrag auf Durchführung eines Fachgesprächs

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
die Ausschussmitglieder der AfD-Fraktion im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung beantragen hiermit ein Fachgespräch zum Thema „Brandenburgs Brücken zukunftsfest machen“ durchzuführen.

Begründung:

Siehe Anlage

Mit freundlichen Grüßen,
Peter Drenke
Daniel Freiherr von Lützow
Daniel Münschke
Norbert Rescher

Änderungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Brandenburgs Brücken sichern - Verkehrssicherheit stärken, Infrastruktur zukunftsfest machen, Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 8/387 vom 21.01.2025

Der Antrag wird wie folgt gefasst:

Brandenburgs Brücken zukunftsfest machen

Die Brückeninfrastruktur des Landes Brandenburg steht vor erheblichen Herausforderungen, die auf eine ungünstige Altersstruktur zurückzuführen sind. Diese resultiert aus intensiver Bautätigkeit in den 1990er Jahren, wodurch ein akuter Sanierungsbedarf entstanden ist. Viele der Bauwerke benötigen nach rund 25 bis 30 Jahren dringend eine grundlegende Erhaltungsmaßnahme. Eine aktuelle Zustandsbewertung zeigt, dass ein beträchtlicher Anteil der Brücken nur als „ausreichend“ oder schlechter eingestuft wird. Ohne gezielte Maßnahmen droht eine fortschreitende Verschlechterung, die nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern auch die wirtschaftliche und soziale Erreichbarkeit von Regionen gefährdet.

Es ist daher essenziell, die Funktionsfähigkeit und Sicherheit dieser Infrastruktur langfristig zu gewährleisten. Dies erfordert eine systematische Sanierungsstrategie, die sowohl finanzielle als auch technische Ressourcen bereitstellt, um den gestiegenen Anforderungen an Belastbarkeit und Durchlässigkeit - insbesondere für Schwerlast- und Wirtschaftsverkehre - gerecht zu werden. Ein Versäumnis in diesem Bereich würde nicht nur die Mobilität und den Wirtschaftsstandort Brandenburg gefährden, sondern auch unnötige Mehrkosten in der Zukunft verursachen.

Der Landtag Brandenburg erkennt die zentrale Bedeutung einer intakten Verkehrsinfrastruktur für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung des Landes fest. Brücken stellen dabei eine entscheidende Verbindung zwischen Regionen und Gemeinden dar. Angesichts der alarmierenden Zahlen der Bundesanstalt für Straßenwesen, wonach 2,4 % der Brücken in Brandenburg als marode gelten, ist ein entschlossenes Handeln erforderlich, um die Verkehrssicherheit und die Mobilität der Bevölkerung zukunftstauglich zu gewährleisten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, prioritär in die Instandsetzung dieser kritischen Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Es gilt, den Sanierungsbedarf mit klaren Zielsetzungen und ausreichenden finanziellen Mitteln anzugehen. Diese Investitionen sind auch vor dem Hintergrund der sozialen und ökologischen Vorteile, die eine stabile Infrastruktur bietet, von entscheidender Bedeutung.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

Eingegangen: tt.mm.jjjj / Ausgegeben: tt.mm.jjjj

1. Dem Landtag bzw. dem zuständigen Fachausschuss im Vorfeld der anstehenden Haushaltsverhandlungen bzw. Haushaltsverabschiedung den voraussichtlichen Finanzbedarf zur Sanierung aller Brücken vorzulegen, die in einem ungenügendem Bauwerkszustand (Zustandsnote von 3,5 und schlechter) sind, die für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 anteilig benötigten Mittel prioritär im Entwurf des Haushaltes zu verankern, sowie für die Jahre 2027 bis 2029 die notwendigen Mittel per Verpflichtungsermächtigung vorzusehen.
2. Mindestens die Landesbrücken, die in einem ungenügendem Bauwerkszustand (Zustandsnote von 3,5 und schlechter) sind, in der laufenden Legislaturperiode instand zu setzen.
3. Dem Landtag bzw. dem zuständigen Fachausschuss bis zum 30. September 2025 einen Bericht vorzulegen, der einen Zeitplan zur Sanierung der genannten Brücken detailliert darlegt.
4. Dem Landtag bzw. dem zuständigen Fachausschuss bis zum 30. September 2025 einen Entwurf zur Kofinanzierung der Kommunen vorzulegen, um auch auf kommunaler Ebene eine zügige Brückensanierung zu ermöglichen.
5. Dem Landtag bzw. dem zuständigen Fachausschuss über den Fortgang aller vorgenannten Maßnahmen jeweils zum Ende jedes kalendarischen Quartals, beginnend ab Ende des 2. Quartals 2025, zu berichten.

Begründung:

Die Brückeninfrastruktur spielt eine zentrale Rolle für Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg. Viele Brücken im Land sind stark beansprucht und zunehmend sanierungsbedürftig. Ein weiterer Verfall dieser Strukturen gefährdet nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern beeinträchtigt auch den Wirtschaftsverkehr, insbesondere in den ländlichen Regionen. Dort fehlen oft alternative Verkehrswege, oder sie liegen weit entfernt. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur trägt maßgeblich zur Attraktivität des Landes Brandenburg als Wirtschaftsstandort bei. Unternehmen sind auf zuverlässige Transportwege angewiesen, um ihre Waren effizient zu befördern. Die Brückensanierung stärkt somit nicht nur den Verkehr, sondern auch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

Die Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen muss deshalb langfristig und nachhaltig gesichert werden. Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass auch die Kommunen bei der Brückensanierung unterstützt werden. Deshalb ist die Kofinanzierung der Kommunen ein zentraler Bestandteil für die Zukunft, da viele Brücken in kommunaler Trägerschaft liegen. Ohne eine finanzielle Unterstützung der Landesregierung können zahlreiche Kommunen die notwendigen Investitionen nicht leisten. Eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen ist essenziell, um die Verkehrswege in Brandenburg nachhaltig und effizient zu modernisieren.

Ein regelmäßiger Bericht an den Landtag stellt sicher, dass der Fortschritt bei der Sanierung überprüft und gegebenenfalls nachgesteuert werden kann. Nur durch transparente Planung

und konsequente Umsetzung kann die Verkehrssicherheit zukunftstauglich gewährleistet werden.